Hinweis: Passend für Fensterkuvert

Stadt Nürnberg
Umweltamt - Technischer Umweltschutz
Bauhof 2
90402 Nürnberg

Stadt Nürnberg

Umweltamt

Sie erreichen uns
Mo, Di, Do 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr
Mi, Fr 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr
und nach Vereinbarung
Tel. : +49 (0)9 11 / 2 31-58 68
Fax.: +49 (0)9 11 / 2 31-25 83
umwelt.nuernberg.de

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für die wesentliche Änderung einer genehmigungspflichtigen Anlage gemäß § 16 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

☐ Änderungsgenehmigung im vereinfachten Verfahren nach § 19 BImSchG

☐ Änderungsgenehmigung im förmlichen Verfahren nach § 10 BImSchG

Angaben zur Firma

Firma		Gesetzlich vertreten durch	
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Ansprechpartner/in

Name		Vorname
Telefon	Telefax	E-Mail

Die o.g. Firma beantragt für die wesentliche Änderung der nachfolgend bezeichneten immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlage eine Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG.

Anlagebezeichnung			Anhang 4. BImSchV Nr.:
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort Nürnberg
Betriebs-/Werksbereich, Gebäudebezeichnung, etc			
Gemarkung		Fl.-Nr.	

Mit der wesentlichen Änderung ist die Errichtung und der Betrieb von (Teil-) Anlagen, die nach BImSchG genehmigungsbedürftig sind verbunden, deren Anlagentyp bisher noch nicht in der bestehenden Anlagenzulassung enthalten ist.

☐	Ja (im Anhang werden neu hinzukommende Genehmigungstatbestände benannt)
☐	Nein

Die Gesamtinvestitionskosten der Änderung bestehend aus den Kosten aller zu erbringender Lieferungen, Arbeiten und sonstigen Leistungen, einschließlich der Inanspruchnahme von Maschinen und sonstigen Geräten, den Gründungskosten, den Kosten für Erdaushubarbeiten, sowie den Aufwendungen für Entwicklung und Vorplanung sowie den Kosten für den Erwerb des unbebauten Grundstücks, der zu errichtenden Anlagen und des zum Betriebes notwendigen Zubehörs jeweils einschließlich der Umsatzsteuer belaufen sich auf	.....€
Die in den Gesamtinvestitionskosten enthaltenen Baukosten für die Baulichkeiten und Anlagenteile, die einer Baugenehmigungspflicht unterliegen betragen voraussichtlich	.....€
Die in den Gesamtinvestitionskosten enthaltenen Kosten für die Herstellung (inkl. Installation) der entwässerungstechnischen Anlage betragen voraussichtlich	.....€

Ist die Anlage Teil eines EMAS-registrierten Unternehmens?

☐	Ja
☐	Nein

Zeitpunkt der Inbetriebnahme:
Der geänderte Anlagenbetrieb soll beginnen ab:.....

Diesem Antrag liegen ..... Plansätze im Format DIN A 4 gefaltet und geheftet bei.
Die Plansätze enthalten folgende Angaben bzw. Unterlagen:

1. Allgemeines

☐	Inhaltsverzeichnis
☐	Kurzbeschreibung des Vorhabens mit Angabe des geplanten Inbetriebnahmezeitpunktes

2. Standort und Umgebung

Kennzeichnung des Anlagenstandortes, des Vorhabens, des Umgriffs der nach BImSchG zu genehmigenden Anlage, der Nutzungen im Radius von mind. 50 m um das Betriebsgelände und der Zu- und Abfahrten in folgenden Plänen:	
☐	1:5.000
☐	Mappe „Amtlicher Lageplan“ (nicht älter als 6 Monate, schriftliche Bestellung beim Amt für Geoinformation und Bodenordnung der Stadt Nürnberg, Bauhof 5, 90402 Nürnberg, Fax: 0911/231-7301 oder E-Mail: geo.kundenbetreuung@stadt.nuernberg.de, bzw. persönliche Abholung im Dienstleistungszentrum Bau – DLZ –, EG - Lorenzer Straße 30, Nürnberg. Weitere Informationen unter Tel. 0911/231-7300)
☐	Formblatt „Planungsrechtliche Festsetzungen“ (erhältlich im Dienstleistungszentrum Bau – DLZ –, 1. OG – Planauflage, Lorenzer Straße 30, Nürnberg. Weitere Informationen unter Tel. 0911/231-4955)
☐	Freiflächengestaltungsplan (im Einzelfall je nach Vorhaben mit Einzeichnung der Hydranten, der Leitungen und der öffentlichen Verkehrsflächen) ggf. mit Eintragung der zu beseitigenden und zu erhaltenden Bäume die der Baumschutzverordnung der Stadt Nürnberg unterliegenden sowie vorhergehender Ersatzpflanzungen.
☐	Werksplan im Maßstab: 1:_____
☐	Sonstige Pläne in den Maßstäben: _____
☐	Maschinenaufstellungs- und ggf. (Rohr-) Leitungspläne auf der Basis maßstäblicher Anlagen-/ Gebäudezeichnungen mit Eintragung der wesentlichen Emissions- und Abfallquellen Darstellung in ☐ Grundrissen ☐ Schnitten ☐ Ansichten ☐ Dachaufsichten
☐	Eigentümerverzeichnis (Baugrundstück und angrenzende Grundstücke) • Beiblatt mit Angaben sämtlicher Grundstücke (Flur Nr./Gemarkung) und Eigentümern zur Unterschrift (nur in Plansätzen I - III) • Anschriften der Eigentümer auf gesondertem Blatt

3. Betriebs- und Verfahrensbeschreibung (gegliedert nach Betriebseinheiten und Anlagetypen der 4. BImSchV)

☐	Beschreibung des Vorhabens
☐	Betriebsabläufe
☐	Betriebsweisen der Anlage
☐	Betriebszeiten der Anlage (pro Tag/ Woche, maximal, durchschnittlich, saisonale Schwankungen, Tag-Nachtzeit, Betriebstage pro Jahr)
☐	Maximal mögliche Anlagenleistung/-kapazität sowie vorgesehene maximale Anlagenauslastung (Durchsatz in t pro Stunde, Aufnahmekapazitäten, Gesamtlagerkapazitäten, etc.)
☐	Fließbilddarstellungen und Verfahrensschemata der Anlage mit allen Anlagenteilen und Nebeneinrichtungen sowie der Stoffströme
☐	Darstellung der wesentlichen Emissionsquellen (Luft, Lärm, Erschütterungen, Licht)
☐	Technische Angaben zu Geräten und Maschinen (Fabrikat, Typ, Abmessungen, Leistungsdaten)

4. Gehandhabte Stoffe einschließlich Abfälle

	Allgemeine Angaben:
☐	Auflistung der Einsatz-, Zwischen- und Endstoffe (inkl. der Abfälle) unter Angabe von Menge und Zusammensetzung (Stoffeigenschaften, Sicherheitsdatenblätter u.a.)
	speziell bei Abfallbehandlungsanlagen/-lageranlagen:
☐	Darstellung der eingesetzten Abfallarten mit Zuordnung zu den abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten (wie z. B. Lagern, Sortieren, Zerlegen) mit Code-Zuweisung nach dem Europäischen Abfallverzeichnis und Gliederung in Betriebseinheiten
	Für alle Branchen:
☐	Maximale Lagermengen und Lagerbedingungen

5. Immissionsschutz und Abfallrecht

Hinweis: Nur wenn die nachfolgenden Punkte mit "Ja" beantwortet werden ist der entsprechende Anhang beizufügen	
5.1	Emissionen, die die natürliche Zusammensetzung der Luft verändern, treten auf
	☐ Ja (Anhang Luftreinhaltung ist beigefügt)
	☐ Nein
5.2	Lärm, Erschütterungen, Lichteinwirkungen entstehen
	☐ Ja (Anhang Lärm, Erschütterungsschutz, Licht ist beigefügt)
	☐ Nein
5.3	Abfälle werden erzeugt (einschließlich anlagenspezifischem Abwasser, das nicht in Gewässer oder Abwasseranlagen eingeleitet wird)
	☐ Ja (Anhang Abfallrecht/Kreislaufwirtschaft ist beigefügt)
	☐ Nein
5.4	Im Anlagenbetrieb wird Energie verbraucht
	☐ Ja (Anhang Energieeffizienz ist beigefügt)
	☐ Nein (Begründung zu Verzicht ist beigefügt)

6. Sonstige Belange

6.1	Bauliche Maßnahmen werden durchgeführt?
	☐ Ja (Anhang Bau- und Planungsrecht ist beigefügt)
	☐ Nein
6.2	Das Vorhaben berührt naturschutzrelevante Bereiche bzw. Objekte (z.B. Baumschutz, Landschaftsschutz, Biotope, Wald)
	☐ Ja (Anhang Naturschutz/Wald ist beigefügt)
	☐ Nein
6.3	Entwässerungstechnische Maßnahmen werden durchgeführt (Neubau/Änderung oder neue/zusätzliche Einleitung von gewerblichem/industriellem Abwasser in die städt. Kanalisation)
	☐ Ja (Anhang Entwässerung ist beigefügt)
	☐ Nein
6.4	Mit wassergefährdenden Stoffen wird umgegangen
	☐ Ja (Anhang Boden- und Gewässerschutz ist beigefügt)
	☐ Nein
6.5	Das Vorhaben wird im 60-Meter-Bereich oder im Überschwemmungsgebiet von Pegnitz, Rednitz, Gründlach oder Main-Donau-Kanal ausgeführt, bzw. es werden Gewässer hergestellt oder geändert
	☐ Ja (Anhang Wasserrecht ist beigefügt)
	☐ Nein
6.6	Im Betrieb werden Arbeitnehmer beschäftigt
	☐ Ja (Anhang Arbeitsschutz ist beigefügt)
	☐ Nein
6.7	Das Vorhaben fällt unter die Vorschriften der Störfallverordnung
	☐ Ja (Anhang Störfallverordnung ist beigefügt)
	☐ Nein
6.8	Auf das Vorhaben ist das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) anzuwenden
	☐ Ja Es handelt sich um ein Vorhaben der Spalte 1 der Anlage 1 des UVPG (Anhang Umweltverträglichkeitsprüfung ist beigefügt)
	☐ Ja Es handelt sich um ein Vorhaben der Spalte 2 der Anlage 1 des UVPG
	☐ Nein

Teilgenehmigung nach § 8 BImSchG

Es wird die Erteilung einer Teilgenehmigung beantragt.
☐ Ja, der Umfang der Teilgenehmigung ist in den Antragsunterlagen beschrieben
☐ Nein

Zulassung vorzeitigen Beginns nach § 8a BImSchG

Es wird die Zulassung der vorzeitigen Errichtung, einschließlich der Maßnahmen, die zur Prüfung der Betriebstüchtigkeit der Anlage erforderlich sind, beantragt.
☐ Ja, weil ein öffentliches oder ein eigenes berechtigtes Interesse hieran besteht. Dieses Interesse, sowie die Maßnahmen, die im Rahmen des vorzeitigen Beginns durchgeführt werden sollen, sind in den Antragsunterlagen ausführlich dargelegt. **Verpflichtungserklärung nach § 8a Abs 1 Ziff. 3 BImSchG** Der Antragsteller erklärt, dass er sich verpflichtet, alle bis zur Entscheidung durch die Errichtung der Anlage verursachten Schäden zu ersetzen und, wenn das Vorhaben nicht genehmigt wird, den früheren Zustand wieder herzustellen. Ihm ist auch bewusst, dass die Genehmigungsbehörde zur Sicherung der Wiederherstellung des früheren Zustandes eine Sicherheitsleistung verlangen kann.
☐ Nein

Nur ausfüllen, wenn ein förmliches Verfahren beantragt wird
Öffentlichkeitsbeteiligung Sofern erheblich nachteilige Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter nicht zu besorgen sind (insbesondere wenn durch die getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen solche Auswirkungen au geschlossen werden oder die Nachteile im Verhältnis zu den jeweils vergleichbaren Vorteilen gering sind), kann von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung der Unterlagen gem. § 16 Abs. 2 BImSchG abgesehen werden. Dies wird hiermit beantragt
☐ Ja, eine entsprechende ausführliche Begründung ist den Antragsunterlagen beigefügt.
☐ Nein

Hinweis auf Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse

☐ Die Angaben/Unterlagen enthalten keine Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse.
☐ Folgende Angaben/Unterlagen enthalten Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse. Diese werden deshalb getrennt vorgelegt und sind entsprechend gekennzeichnet:
Unterlagen mit Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen

Erteilung einer Vollmacht zur Vertretung des Unternehmens im Genehmigungsverfahren

☐	Es wird **Vollmacht** zur Vertretung des Unternehmens in dem beantragten Verfahren und zur Entgegennahme der Entscheidungen, die in diesem Verfahren ergehen, erteilt für:			
	Name		Vorname	
	Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
	Tel.–Nr.:		E-Mail:	

Firmenstempel, Unterschrift des Vertretungsberechtigten	Namesangabe der unterzeichnenden Person, Ort, Datum

Datenschutzhinweis Antrag Genehmigung einer wesentlichen Änderung einer genehmigungspfl. Anlage § 16 Abs. 1 BImSchG

Datensicherheit
Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung
Stadt Nürnberg
Umweltamt - Technischer Umweltschutz
Bauhof 2
90402 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 - 0
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: Kontaktformular

Datenschutz
Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:
Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Fünferplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 - 51 15
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: Kontaktformular

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung
Antrag Genehmigung einer wesentlichen Änderung einer genehmigungspfl. Anlage § 16 Abs. 1 BImSchG
Art. 6 Abs. 1 DSGVO, Notwendige Antragsinhalte gem. § 3 der 9.BImSchV zur gesetzeskonformen Durchführung des beantragten Verfahrens

Weitergabe von Daten
Zur Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen ist die Beteiligung von Fachstellen sowie ggf. von Sachverständigen, i.S. der §§ 26 und 29a, die nach § 29b BImSchG bekanntgegeben sind, erforderlich.

Übermittlung an Drittländer
Es erfolgt keine Übermittlung.

Speicherzeitraum
Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Die Daten werden dauerhaft gespeichert

Betroffenenrechte
Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe
Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten erforderlich. Ohne Angabe der geforderten personenbezogenen Daten ist die Bearbeitung des Antrags nicht möglich.

Widerrufsrecht bei Einwilligung
Ein Widerrufsrecht ist nicht möglich.